

Politische Bilanzfälschung

Aus der Rede der Fraktionsvorsitzenden Kreszentia Flauger am 1. Juli 2010 im Landtag Niedersachsen zur Regierungserklärung von David McAllister

(...) Normalerweise gehört zur Übernahme der Geschäfte in jedem guten mittelständischen Unternehmen in Niedersachsen eine vollständige Eröffnungsbilanz. Herr McAllister, Sie haben einige Angaben unterschlagen. Ich nenne das politische Bilanzfälschung. Lassen Sie mich deshalb einige wichtige Punkte ergänzen. Erstens: Erst gestern sind die neuen Arbeitslosenzahlen veröffentlicht worden. Diese zeigen ein strukturelles Versagen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung auf.

(Beifall bei der LINKEN – Thomas Adasch [CDU]: Was? – Björn Thümler [CDU]: Das Gegenteil ist richtig!)

Gegen den Bundestrend steigt in Niedersachsen die Jugendarbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat um 6,2 Prozent. Auch im Jahresvergleich ist die Entwicklung erheblich schlechter als im Bundesvergleich. Zweitens: Die niedersächsische Armutsquote liegt nach sieben Jahren Schwarz-Gelb bei 15,8 Prozent. Das sind über 1,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zwischen Küste und Harz. Damit liegt Niedersachsen auf dem drittletzten Rang der westdeutschen Länder. Drittens: Nach Angaben des Deutschen Landkreistages sind acht Prozent der Niedersachsen unter 65 Jahren Hartz-IV-Bezieher. Meine Damen und Herren, Hartz IV bleibt das größte Verarmungsgesetz in der Geschichte der Bundesrepublik.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber was in Niedersachsen besonders schlimm ist, das ist die hohe Zahl der Kinder, denen nur der völlig unzureichende Hartz-IV-Satz zur Verfügung steht. Das ist und bleibt ein politischer und sozialer Skandal!

(Beifall bei der LINKEN)

Darüber hinaus nimmt das Rentenniveau dramatisch ab. Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die in Niedersachsen nach einem vollen Erwerbsleben nur die Grundsicherung beziehen, steigt seit Jahren. Die ganz jungen und die alten Menschen sind in besonderem Maße die Verlierer der von den Hartz-IV-Parteien praktizierten Politik des Sozialabbaus. Diese Datenreihe könnte ich noch länger fortsetzen, zum Beispiel bei Themen wie Altenpflege, Bildungschancen für ärmere Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund, Ärztemangel – Themen, die Sie unerwähnt gelas-

sen haben! Niedersachsen hat vielleicht nicht in allen Bereichen die rote Laterne. Aber man kann sie von hier aus sehr gut sehen. *(Beifall bei der LINKEN)*

Das ist die katastrophale Bilanz nach sieben Jahren Schwarz-Gelb in Niedersachsen.

(Thomas Adasch [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Christian Wulff hat in den vergangenen Jahren hier eine Politik des sozialen und ökologischen Kahlschlags vertreten, die der Haltung der französischen Königin Marie Antoinette entspricht, die ausrief: »Wenn die Armen kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen!« – Dafür hatte man weder früher noch hat man jetzt ein Schloss verdient.

(Beifall bei der LINKEN – Jens Nacke [CDU]: Das ist ja ein Wortspiel!) (...)

Sie sind nicht der Nachfolger, Herr McAllister, Sie sind der Letzte, der das Licht für Schwarz-Gelb in Niedersachsen ausmacht. *(Beifall bei der LINKEN)*

Es gibt zu dieser Politik eine sozial gerechte Alternative. Niedersachsen kann und muss demokratischer und ökologischer werden.

(Unruhe – Marianne König [LINKE]: Diese Unruhe, das ist doch wohl nicht wahr!)

Und da wir im Geiste der Aufklärung die Hoffnung nie aufgeben, dass Vernunft allen gleichermaßen gegeben ist, werden wir Ihnen auch weiterhin die Auseinandersetzung mit dieser sozialen Alternative nicht ersparen. Ihr Angebot zur sachlichen und konstruktiven Zusammenarbeit an den gesamten Landtag und Ihren Wunsch nach fairem Umgang miteinander haben wir gerne zur Kenntnis genommen. Ich hoffe im Glauben an die menschliche Vernunft darauf, dass Anträge meiner Fraktion in Zukunft von der CDU nach ihrem Inhalt beurteilt werden und nicht allein deshalb weiter abgelehnt werden, weil sie von den Linken kommen.

(Beifall bei der LINKEN – Jens Nacke [CDU]: Da ist aber kein Inhalt drin!) (...)

Eine zentrale Aufgabe jeder Landesregierung ist die Bekämpfung der immer noch dramatischen massenhaften Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Wir wollen gute Arbeit für Niedersachsen, die auch ordentlich bezahlt ist. Es muss damit Schluss sein, dass positive Effekte in der Arbeitsmarktstatistik nur

durch eine Ausdehnung der Leih- und Zeitarbeit erreicht werden – oft zu untertariflichen Löhnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das dient nur der Optik der Statistik; das dient nicht den Menschen, wenn Sie solche Politik betreiben. Es wird Zeit, dass diese Landesregierung endlich eine Bundesratsinitiative für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ergreift.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie dem von uns vorgelegten Gesetzentwurf für ein Landesverga-begesetz mit festem Mindestlohn von 8,50 Euro zustimmen, können Sie bereits jetzt einen eigenen Beitrag für ein Ende von Dumpinglöhnen leisten. Beenden Sie die Verweigerungshaltung Ihrer Koalition in dieser Frage! Und wenn Sie schon dabei sind: Hören Sie auf, einem vernünftigen öffentlichen Beschäftigungssektor im Wege zu stehen! Nehmen Sie sich ein Beispiel an Berlin und Brandenburg und schaffen Sie mit uns die finanziellen Grundlagen, damit Langzeitarbeitslose in Niedersachsen wieder in Arbeit kommen!

(Beifall bei der LINKEN) (...)

Meine Fraktion wird in diesem Landtag nicht ruhen, bis eine Mehrheit in diesem Landtag endlich Schritte gegen die dramatische Finanzlage der Kommunen unternimmt. *(Beifall bei der LINKEN)*

Die Haushaltsentwicklung der Kommunen zwischen Ems und Harz ist in der Tiefe nicht von diesen selbst verschuldet worden. Ihre Koalition hat in den vergangenen Jahren die Kommunen am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Damit muss ab sofort Schluss sein! In einem ersten Schritt muss die von Schwarz-Gelb durchgedrückte Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 580 Millionen Euro zurückgenommen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Uns ist klar, dass wir eine bundesweite Lösung für eine Einnahmeverbesserung des Staates brauchen. Wir fordern die Wiedererhebung der reformierten Vermögensteuer. Wir verlangen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wir fordern die Reform der Erbschaftsteuer zu einer Großvermögensteuer. Und wir verlangen eine Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer, in der die Bemessungsgrundlage der

Gewerbesteuer auf Freiberufler erweitert wird. *(Beifall bei der LINKEN)*

Es wird Zeit, dass das Kaputt Kürzen des Staates durch Schwarz-Gelb beendet wird. Eine sich verschärfende soziale Krise, eine abgewirtschaftete Infrastruktur in den ausgebluteten Städten und Gemeinden – das sind Schulden, die diese Landesregierung der kommenden Generation aufbürdet. Ich nenne das unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN – Björn Thümler [CDU]: Wo leben Sie?) (...)

Nirgends wird so deutlich wie in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, dass dieses Land nicht nur einen Personal-, sondern auch einen Politikwechsel braucht. Weit über 100.000 Menschen haben bereits das Volksbegehren für mehr und bessere Integrierte Gesamtschulen unterschrieben.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den Grünen)

Es wird Zeit, dass diese Regierung ihre Blockade gegen die Gesamtschule beendet, und es wird Zeit, dass in Niedersachsen wieder die volle Lehrmittelfreiheit eingeführt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Einkommen der Eltern darf nicht über die Bildungschancen und die Qualität der Schulbildung entscheiden.

Das gegliederte Schulsystem sortiert sozial aus, schon Zehnjährige, und es muss durch eine integrierte und inklusive Bildung ersetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Björn Thümler [CDU]: Deswegen ist Bayern auch Vorreiter in Deutschland!) (...)

Herr McAllister, gestern hat der von Ihnen ja geschätzte neue Bundespräsident in seiner Antrittsrede gesagt: »Wir alle, ob die Linke, die Sozialdemokraten, die Grünen, die Liberalen, die Christsozialen, die Christdemokraten, wir alle tragen gemeinsam Verantwortung für unser Land, für unser Gemeinwesen, für unsere Demokratie.«

Diese zutreffende Feststellung sollte für Sie Grund genug sein, den Innenminister anzuweisen, die Beobachtung der Linken endlich einzustellen und Demokratie und Verantwortung über parteipolitische Motive zu stellen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU und von der SPD)

Herr McAllister, Sie haben ausgeführt, dass der Koalitionsvertrag vom Februar 2008 unverändert auch für die kommenden Jahre gilt. Nun haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie in der vorhergehenden Legislaturperiode im Koalitionsvertrag stehen hatten, dass Sie keine Studiengebühren einführen wollten. Sie haben es dann doch getan.

(Zuruf von der CDU)

Sie haben in diesem Koalitionsvertrag stehen, dass die durch den Schülerzahlenrückgang frei werdenden Lehrkräfte im Schulwesen verbleiben sollen. Daran wollen Sie sich aber jetzt nicht mehr halten. Wenn Sie auf der Basis dieser Logik Kontinuität versprechen, dann, so fürchte ich, wird die Kontinuität im Brechen von Versprechen bestehen.

(Beifall bei der LINKEN - Hans-Christian Biallas [CDU]: Das ist eine schwere Beleidigung!)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine Einladung aussprechen. Herr McAllister, es wird Zeit, dass ein niedersächsischer Ministerpräsident an den Protesten gegen den Castortransport im Herbst teilnimmt.

(Beifall bei der LINKEN – Oh! bei der CDU)

Kommen Sie mit, stellen Sie sich an die Seite der Menschen im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Sie haben das Thema Atomülllager angesprochen, Herr McAllister. Ich fordere Sie auf: Beenden Sie den Gorleben-Wahn! Steigen sie endlich aus der Atomenergie aus! Sie wissen doch genau, dass Sie Wind- und Sonnenenergie umso mehr verhindern, je länger Sie die AKWs laufen lassen.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Das stimmt nicht! Sie wissen, dass das falsch ist! - Weiterer Zuruf von der CDU: Das ist völliger Unsinn!)

Sie wissen doch ganz genau, allerspätestens seit dem Asse-Desaster, dass Sie die Abfallprodukte, diesen Atomüll, nicht sicher lagern können. Deshalb ist jede Laufzeitverlängerung für AKWs, die noch mehr Atomüll produziert, unverantwortlich, und Sie versündigen sich damit an unseren Kindern und Kindeskindern.

(Beifall bei der LINKEN) (...)

Herr McAllister, Ihre Politik ist offensichtlich nicht darauf ausgerichtet, Niedersachsen sozial gerechter zu gestalten.

Weil Sie eben nicht auf das Wohl der gesamten Bevölkerung ausgerichtet sind, erreichen Sie auch mit Ihrem heute vorgestellten Programm nur noch mehr Ungleichheit. Niedersachsen braucht aber jetzt einen Aufbruch für mehr soziale Gerechtigkeit.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Niedersachsen braucht das Ende der schwarz-gelben Mischung aus Inkompetenz, Personalkarussell, Privatisierungs-, Kürzungs- und Atomstromwahn. Deshalb werden wir und die Menschen in diesem Land Ihrer Mehrheit und Ihrer Regierung spätestens 2013 ein Ende bereiten.

(Starker Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU)

Politikwechsel

DIE LINKE in Baden-Württemberg ist erfreut, dass sie von einer erneuten Umfrage bei fünf Prozent gesehen wird und damit im nächsten Landtag erstmals vertreten wäre. »Ein Politikwechsel in Baden-Württemberg ist nur mit uns möglich«, sagte dazu am 28. Juli der Landesgeschäftsführer Bernhard Strasdeit. Nur mit dem Einzug der Partei DIE LINKE in den Landtag sei die Mehrheit von Schwarz-Gelb zu brechen. Der Einzug der LINKEN in den Landtag schaffe die Voraussetzung für eine sozialere Politik.

Die Politik von Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) überzeuge nach Einschätzung der LINKEN die Baden-Württemberger nicht. Mappus stehe für eine Wirtschaftspolitik, die immer weniger Menschen eine gesicherte Existenzgrundlage gewährleistet, für soziale Ausgrenzung, für eine atomfreundliche Energiepolitik und für eine konservative Familienpolitik. Mappus dürfe sich deshalb nicht wundern, dass er für diese Politik immer weniger Zustimmung findet.

Auch die Oppositionsparteien SPD und Grüne stünden nicht für einen echten Politikwechsel. Sie bieten keine wirkliche Alternative zur schwarz-gelben Regierung und hielten sich die Wege für eine Koalition mit der CDU weit offen.

»Nur DIE LINKE steht für einen klaren sozialen Kurs«, betonte Landessprecher Bernd Riexinger. »Mit uns sind Sozialabbau, Lohndumping, Tarifflicht, Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und Abbau des öffentlichen Sektors nicht zu machen. Wir haben darüber hinaus einen klaren wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs. Außer der LINKEN redet niemand für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von ganz oben nach unten, um die dringend notwendigen Mittel für soziale Kommunen, Ökologie und Bildung aufzubringen.«

Der neue Landtag in Baden-Württemberg wird am 27. März 2011 gewählt. Am 26. März 2006 kam die WASG auf 3,1 Prozent.